

Einladung

Stadt Erlangen

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

9. Sitzung • Mittwoch, 18.09.2013 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

- | | | |
|-------|--|--------------------------------|
| 11. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 11.1. | Bürgerversammlungen | 13/080/2013
Kenntnisnahme |
| 11.2. | Anfrage der Fraktion Grüne Liste vom 24.06.2013:
Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes über Fraktions-
geschäftsführungszuschüsse | 13-2/314/2013
Kenntnisnahme |
| 12. | Vorstellung der neuen Nachwuchskräfte | |
| 13. | XENOS - Programm zur interkulturellen Öffnung der Kommunen (PIK)
- Entwicklung eines Konzeptes für eine Willkommenskultur in der
Stadt Erlangen: jährlicher Bericht | 13-2/307/2013
Gutachten |
| 14. | XENOS: Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde | 13-2/306/2013
Gutachten |
| 15. | Eröffnungsbilanz Powerpoint-Präsentation
Dauer ca. 30 Minuten | 20/045/2013
Kenntnisnahme |
| 16. | Prekäre Beschäftigung in Erlangen
SPD-Stadtratsfraktion Nr. 072/2013 vom 07.05.2013 | II/237/2013
Beschluss |
| 17. | Erlangen AG Technologie Scouting und Marketing;
Erwerb von Aktien durch die Stadt | II/241/2013
Beschluss |
| 18. | Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 129/2013 vom
23.7.2013 zu TOP 24 der Stadtratssitzung am 25.07.2013
Personalkostenbudgetierung und Protokollvermerk aus der
10. Sitzung des Stadtrates hierzu | II/240/2013/2
Gutachten |

19. Anfragen

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 10. September 2013

STADT ERLANGEN

gez. Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13/OE002

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13/080/2013

Bürgerversammlungen

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.09.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Der Abschluss nachfolgender Bürgerversammlungen wird zur Kenntnis genommen.

Datum	Ort	Empfehlungen/Anliegen
28.11.2012	Eltersdorf	0/14
04.12.2012	Gesamtstadt	5/21
23.01.2013	Alterlangen, Schallershof und Stadtrandsiedlung	1/27
10.04.2013	Gesamtstadt	0/20

Sämtliche Anliegen wurden entweder durch das Bürgermeister- und Presseamt oder direkt durch die Fachbereiche aufgegriffen, soweit diese nicht schon direkt in den Bürgerversammlungen beantwortet wurden. Die Empfehlungen aus der Bürgerschaft wurden in den zuständigen Ausschüssen behandelt. Eine Einsichtnahme zu den einzelnen Bürgeranfragen ist bei Amt 13-3, Frau Ott (T. 2336), möglich.

Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/314/2013

Anfrage der Fraktion Grüne Liste vom 24.06.2013: Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes über Fraktionsgeschäftsführungszuschüsse

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.09.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
30

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 5. Juli 2012 Regelungen über die Rechtmäßigkeit der Bemessung von Zuschüssen zur Geschäftsführung von Stadtratsfraktionen getroffen.

Danach darf es bei unterschiedlich großen Fraktionen keine lineare proportionale Verteilung auf die Fraktionen geben. Nötig sind sachgerechte Verteilungsmaßstäbe, z. B. ein Kombinationsmodell mit einem von der Fraktionsstärke unabhängigen Sockelbetrag zzgl. einem Betrag pro Fraktionsmitglied.

In Erlangen werden die Fraktionszuschüsse nach einem Modell wie oben beschrieben berechnet und ausbezahlt. Die Höhe des Sockelbetrages/Grundbetrages ist nach der Größe der Fraktionen gestaffelt, hinzu kommt ein Betrag pro Fraktionsmitglied.

Die Staffelung des Sockelbetrages ist nach Ansicht der Verwaltung rechtmäßig, da die Gewährung eines Sockelbetrages die Tatsache berücksichtigt, dass ein gewisser Kostenbedarf unabhängig von der Fraktionsgröße besteht. Eine Staffelung des Grundbetrages ist zulässig, da der organisatorische und koordinierende Aufwand der Geschäftsführungen, die überwiegend durch die Geschäftsführungszuschüsse finanziert werden, bei größeren Fraktionen höher ist, als bei kleinen Fraktionen.

Die Verwaltung sieht daher keinen Änderungsbedarf bei der Berechnung der Geschäftsführungszuschüsse der Fraktionen.

Anlagen: Anfrage der Fraktion Grüne Liste vom 24.06.2013

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: buero@gl-erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 24.06.2013

Anfrage: Urteil Bundesverwaltungsgericht Fraktionszuschüsse

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 05.07.2012 fasste das Bundesverwaltungsgericht ein Urteil zum Thema
Fraktionszuschüsse:

<http://www.bverwg.de/entscheidungen/entscheidung.php?ent=050712U8C22.11.0>

Aus den vom BVerWG gefassten Leitsätzen:

1. Die Verteilung von Haushaltsmitteln für die Geschäftsführungstätigkeit von Stadtratsfraktionen ist am allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG und nicht am formalisierten Gleichheitssatz aus Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG zu messen.
2. Der Verteilungsmaßstab muss sich am Zweck der Fraktionsbildung und dem daraus resultierenden Bedarf für die Fraktionsgeschäftsführung orientieren.

ergeben sich folgende Vorgaben für eine Finanzierung der Stadtratsfraktionen:

- Bei unterschiedlich großen Fraktionen darf es keine lineare proportionale Verteilung auf die Fraktionen geben.
- Notwendig sind sachgerechte Verteilungsmaßstäbe, z.B. ein Kombinationsmodell mit einem von der Fraktionsstärke unabhängigen Sockelbetrag zzgl. einem Betrag pro Fraktionsmitglied. Im vorliegenden Fall des BVerWG gliederten sich die im Haushalt hierfür eingestellten Mittel in einen festen Betrag (zwei Drittel), der zu gleichen Anteilen allen Fraktionen zukommen sollte, und einen variablen Betrag (ein Drittel), der auf die Fraktionen nach der Zahl ihrer Mitglieder aufzuteilen war.

In Erlangen werden Fraktionszuschüsse bekanntermaßen nach einem Modell verteilt, dass nur auf den ersten Blick dem in der zweiten Vorgabe genannten Kombinationsmodell ähnelt. So werden zwar auch hier Sockelbeträge ausgereicht, deren Höhe sich aber gestaffelt nach der Fraktionsstärke richten. Wir halten es daher nicht für ausgeschlossen, dass durch diese Staffelung die Fraktionsgröße einen größeren Einfluss auf die Fraktionszuschüsse hat, als es das BVerWG für zulässig erachtet.

Wir stellen daher folgende Anfrage:

- ⤴ Sieht die Verwaltung aufgrund dieses Urteils Änderungsbedarf bei der Berechnung der Fraktionszuschüsse?
 - ⤴ Wenn ja: wie könnte eine grundgesetzkonforme Änderung aussehen?
 - ⤴ Wenn nein: warum sieht die Verwaltung keinen Änderungsbedarf?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Harald Bußmann



F.d.R.: Wolfgang Most

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/307/2013

XENOS - Programm zur interkulturellen Öffnung der Kommunen (PIK) - Entwicklung eines Konzeptes für eine Willkommenskultur in der Stadt Erlangen: jährlicher Bericht

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.09.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.09.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

BM 3, Projektgruppe XENOS Erlangen, Lenkungskreis Integration, Gst, PR, 111, 332,

I. Antrag

Der Stadtrat nimmt den jährlichen Bericht zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die weiteren geplanten Schritte umzusetzen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Entwicklung eines Konzeptes für eine Willkommenskultur in der Stadt Erlangen für neu zugezogene Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sowie neu gewonnene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (von Unternehmen und Organisationen in Erlangen).

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2013: Konzepterstellung und Erarbeitung von Maßnahmen und ersten Umsetzungsschritten, flankierendes Training und Coaching für die beteiligten Mitarbeiter/innen, Öffentlichkeitsarbeit.

2014: Umsetzung weiterer Schritte, flankierendes Training und Coaching für die beteiligten Mitarbeiter/innen, intensive Öffentlichkeitsarbeit (Willkommenspaket, Flyer, Plakat, Internet, Leitsystem, Veranstaltungen). Übertragung des Konzepts auf KMU.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Mitarbeit der Stadt Erlangen in der Steuerungsgruppe für das Gesamtprojekt und in der Erlanger Projektgruppe; moderierte Workshops für die Konzeptentwicklung und Erarbeitung von weiterführenden Maßnahmen, Training und Coaching für die beteiligten Mitarbeiter/innen, umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Das Projekt ist öffentlich gefördert durch den Europäischen Sozialfond und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Das Teilprojekt „Willkommenskultur“ in Erlangen hat ein Gesamtvolumen von rund 183.000 €. Die erforderlichen 25 % Eigenmittel werden als anrechenbare Personalkosten des Projektpersonals von 13-4 und die sogenannten „Teilnehmereinkommen“ der städtischen Beschäftigten, die an der Konzeptentwicklung und den nachfolgenden Trainings beteiligt sind, eingebracht.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
 bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen: Bericht über die Ergebnisse Mai 2012 – August 2013

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

XENOS – Programm zur Interkulturellen Öffnung der Kommunen (PIK) - Teilprojekt in Erlangen: „Entwicklung eines Konzepts für eine Willkommenskultur in der Stadt Erlangen“

I. Informationen für den HFPa am 18.9.2013 und den StR am 26.9.2013

Mit Beschluss vom 26.4.2012 hat der StR die Verwaltung beauftragt, im Projektzeitraum 2012-2014 jährlich zu berichten. Der vorliegende Bericht bezieht sich auf den Zeitraum von Mai 2012 – August 2013.

1 Projektgruppe XENOS Erlangen

Die Erlanger Projektgruppe besteht aus: Bürgermeisterin Frau Dr. Elisabeth Preuß, der Leiterin der Gleichstellungs- und Diversitystelle Dr. Cornelia Hörschele, dem stellv. Leiter des Bürgeramtes Herrn Dietmar Rosenzweig und der Leiterin der Koordinationsstelle Integration, Silvia Klein. Seit seinem Dienstbeginn im Februar 2013 ist der Leiter der Ausländerstelle, Andreas Brockard ebenfalls Mitglied.

Die Projektgruppe hat im Berichtszeitraum 6 x getagt und steuert den Prozess des Teilprojekts Erlangen.

2 Gewinnung von internen und externen Netzwerkpartnern

Ab Mai 2012 wurde intensiv am Aufbau des internen und externen Netzwerkes gearbeitet, um die entsprechenden Akteure für die Mitarbeit in den Workshops zu gewinnen. Dies ist in vollem Umfang gelungen.

An externen Akteuren konnten gewonnen werden:

BAMF, Universität Erlangen-Nürnberg, Franconian International School, AREVA, SIEMENS AG, IHK Mittelfranken, Arbeitsagentur, GEWOBAU, GGFA, Jugendmigrationsdienst, AWO-Migrationserstberatung, AWO-Flüchtlingsberatung, Deutsch-Französisches Institut, Relocation-Service, Neuzuwanderer.

An internen Akteuren konnten gewonnen werden:

BM 3, Ref. III, PR, GST, Amt 331, Amt 332 (alle Mitarbeiter/innen), 43/vhs, 503, 512, 513, Vertreterinnen und Vertreter des Erlanger Stadtrats und des Ausländer- und Integrationsbeirats.

3 Planung und Konzeptdesign der Workshops

Bei der Zusammensetzung der Teilnehmer der ersten drei Workshops wurde darauf geachtet, dass sie grundsätzlich divers besetzt waren, um folgende Vorteile nutzen zu können:

- das Thema wird aus den verschiedensten Perspektiven bearbeitet
- der Diversity-Ansatz: „Vielfalt als Ressource nutzen“ wird umgesetzt
- multiprofessionelle Teams: kreative Lösungen, höhere Qualität, gegenseitige Wertschätzung.

Gemeinsam mit der Moderatorin und der Komoderatorin wurden die Ziele des jeweiligen Workshops vereinbart und entsprechende Fragestellungen formuliert. Die Auswahl von geeigneten Methoden erfolgte durch die Moderation.

4 Durchführung von fünf Workshops zur Sammlung und Vertiefung von Ideen und Vorschläge zur Willkommenskultur

- **Kick-off-Workshop am 29.6.2012:**
Einführung ins Thema, Erwartungen, erste Ideensammlung
- **Workshop II am 1.8.2012** „Fachkräfte, Gastwissenschaftler, Studierende“:
Sichtbarmachen der aktuellen Struktur durch Rollenspiele; Vertiefung: Welche Elemente der Willkommenskultur sind für die Zielgruppe wesentlich? Konkrete Vorschläge
- **Workshop III am 19.9.2012** „Familiennachzug und humanitäre Aufenthalte“:
Sichtbarmachen der aktuellen Struktur durch Rollenspiele; Vertiefung: Welche Elemente der Willkommenskultur sind für die Zielgruppe wesentlich? Wie kann die Zusammenarbeit der Akteure verbessert werden? Konkrete Vorschläge
- **Workshop IV am 23.4.2013** „Interner Workshop für Mitarbeiter/innen der Ausländerstelle“:
Vorstellung der bisherigen Ergebnisse, Arbeitsgruppen zu Öffentlichkeitsarbeit, Integrationsberatung und Clearingstelle, Welcome-Desk und Willkommenspaket.
- **Workshop V am 12.6.2013** „Interner Workshop für Mitarbeiter/innen der Ausländerstelle“:
Vorstellung und Diskussion der Arbeitsweise der Ausländerbehörde Köln; Willkommenspaket – was gehört hinein? Integrationsberatung – was können wir dazu beitragen?; Erfolgsfaktoren für eine gute Kundenkommunikation

5 Integrationskonferenz 2013 zum Thema „Willkommenskultur“

Für die 5. Integrationskonferenz wurde das Thema „Willkommenskultur“ ausgewählt, um der interessierten Öffentlichkeit die bisherigen Ergebnisse vorstellen zu können und in vier Arbeitsgruppen zu den Themen „Willkommenskultur – was können Bürger/innen, Vereine und Organisationen dazu leisten?“, „Anforderungen an einen Welcome-Center – Kommunikation mit Bürger/innen, Kooperation mit Ämtern und externe Organisationen, Clearing-Stelle“, „Anforderungen an einen Welcome-Center – Räumlichkeiten/ Gestaltung/ Ausstattung, Welcome-Desk“ und „Willkommenspaket für Neubürger/innen – was gehört hinein? - Internetportale, Infomaterialien, Willkommensveranstaltungen“ weitere Anregungen und Vorschläge in den Prozess einspeisen zu können.

6 Ergebnisse und Effekte

Grundsätzliche Ergebnisse:

- Willkommenskultur muss alle adressieren und nach Möglichkeit auch pos. Effekte auf bereits hier lebende Migrant/innen beinhalten.
- Zentraler Welcome-Center vs. Umsetzung der Idee einer Willkommenskultur in den Dienststellen: Zentraler Welcome-Center wird favorisiert, die Idee muss aber von allen Dienststellen umgesetzt werden!
- Leitlinie: Orientierung an den Lebenslagen der Betroffenen (analog zum Leitbild Integration, Leitsatz 6)
- Idee einer Public Private Partnership - Wirtschaft, Uni und Stadtverwaltung soll weiter verfolgt werden
- Vernetzung mit bereits bestehenden Informationsportalen und spezifische Ergänzung für Erlangen
- Erfolgsfaktoren:
 - > Haltungen: Lächeln, Freundlichkeit, Offenheit, Verständnis
 - > Interkulturelle Kompetenz, Mehrsprachigkeit

Konkrete Ergebnisse – bereits umgesetzt:

- Kurze Erstinformation „Willkommen in Erlangen – 5 Schritte...“ (Bürgeramt)
- Ämterübergreifender Jour Fixe (Ausländerstelle, Flüchtlingsberatung, AIB)
- Grundsatzbeschluss des Stadtrats: „Die Ausländerstelle wird beauftragt, ihre ausländerrechtlichen Handlungs- und Ermessensspielräume grundsätzlich – soweit als möglich – zugunsten der Betroffenen zu nutzen und ein service- und kundenorientiertes Handeln im Alltag sicherzustellen.“
=> regionales und überregionales großes Interesse und positives Medienecho!
- Willkommen in Erlangen – Stadtführer für junge Neuankömmlinge (Kooperationsprojekt der Eichendorffschule und FAU Erlangen-Nürnberg)

Effekte:

Durch die Einbeziehung aller relevanten Akteure wird ein hohes Ausmaß an Vernetzung realisiert. Institutionen, die bisher per mail/Telefon kooperiert haben, treffen sich erstmals persönlich „erhalten ein Gesicht“.

Gegenseitige Wertschätzung, Verständnis für die Arbeit und Sichtweise anderer, Reflexion.

Gute und offene Arbeitsatmosphäre und Ergebnisorientierung.

Moderatorinnen-Team und Einsatz von geeigneten Methoden haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

7 Weitere Schritte bis Ende 2014

Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde (vgl. nächster TOP)

Willkommenpaket, Informationen, Öffentlichkeitsarbeit mit Unterstützung von XENOS-Mitteln:

Erarbeitung eines Willkommenspakets – zielgruppen- bzw. lebenslagenorientiert mit notwendigen Informationen und Give-aways – Konzeptentwicklung durch 13-4, 331, 332, vhs und Tourist-Information.

Neugestaltung des Webauftritts z.B. „Neu in Erlangen“ mit der Bündelung der wichtigen Information – Konzeptentwicklung eGov, 331, 332 und weitere Ämter.

Konzipierung von regelmäßigen Willkommensveranstaltungen im Club International - Konzeptentwicklung durch 13-4, vhs und 332.

Fortbildungskonzept für Mitarbeiterinnen von 332 mit Unterstützung von XENOS-Mitteln:

Training interkultureller Kompetenz, Teamentwicklung und Coaching

Ehrenamtliche Integrationslotsen – Konzeptrecherche durch 13-4. Bei positiver Entscheidung: evt. Schulung im Jahr 2014 mit XENOS-Mitteln.

Maßnahmen im Bereich Bildung:

Englischsprachige KiTa, Grundschule und Gymnasium zusätzlich zur FIS (Schulreferat)

II HFPa und StR zur Information

III OBM z. K.

IV 13-4 z. V.

Klein

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/306/2013

XENOS: Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.09.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.09.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

BM 3, Ref. III, 33, 332, 24, Lenkungskreis Integration, Projektgruppe XENOS, AIB

I. Antrag

Alternative A:

Die in der Anlage dargestellte

Alternative 1 „Neue barrierefreie Räume außerhalb des Rathauses“

soll weiterverfolgt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept für den Umbau der Ausländerbehörde bis Oktober 2014 zu erstellen.

oder

Alternative B:

Die in der Anlage dargestellte

Alternative 2 „Neugestaltung des 2. OG im Rathaus“

soll weiter verfolgt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept für den Umbau der Ausländerbehörde bis Oktober 2014 zu erstellen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die im Rahmen des XENOS-Projektes erarbeiteten Ideen und Vorstellungen für die Entwicklung eines Konzeptes für eine Willkommenskultur in der Stadt Erlangen für neu zugezogene Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sowie neu gewonnene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (von Unternehmen und Organisationen in Erlangen) werden umgesetzt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2013: Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Projektauftrags „Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde“.

2014: Konzepterstellung und Erarbeitung von Maßnahmen und Umsetzungsschritten.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Projektgruppe „Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde“ legt bis Oktober 2014 ein detailliertes Konzept mit Meilensteinen und Kosten vor.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☒ sind nicht vorhanden

Anlagen: 2 Alternativen zur Entscheidung

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

XENOS – Erarbeitung eines Konzepts für eine Willkommenskultur in der Stadt Erlangen: Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde

2 Alternativen zur Begutachtung durch den HFPA am 18.9.2013 und zur Entscheidung durch den StR am 26.9.2013

Alternative	Räume	Angebote	Prozesse	Personal	Nutzen für Bürger	Abstimmung
1	Neue barrierefreie Räume außerhalb des Rathauses: Zentral gelegen in Rathausnähe, moderne, helle, funktionale, freundliche Atmosphäre. Empfangstheke mit freundlichem, mehrsprachigem, interkulturell geschultem Personal. Angenehm gestalteter Wartebereich (offen, hell, Sitzgruppe, Wasserspender, Flachbildschirm, Lesecke, Spielecke). Offene helle Büroausstattung und –gestaltung, Multifunktionsarbeitsplätze, zusätzliche Einzelzimmer für besondere Fälle bzw. datenschutzrelevante Vorgänge, einfache Bezahlvorgänge, Migrations- und Flüchtlingsberatung vor Ort, ggf. Beratungszimmer für AIB vor Ort	Welcome-Desk: Infopoint, Erstanlaufstelle, Lotsenfunktion, Terminvergabe u. Besuchersteuerung, ggf. Vorprüfung Unterlagen und Eingangsberatung, ggf. EAT-Ausgabe, ggf. Ausgabe Willkommenspaket/-tasche, Feedback-Bogen Internetportal: Informationen, Anträge zum Downloaden bzw. direkt Ausfüllen, Verlinkung zu BAMF, vhs, ZRS, IOM, AIB, etc.	Erreichbarkeit verbessern; Öffnungszeiten; Terminvereinbarungen; Zielgerichtete Beratung, Einrichtung Integrationsberatung; Ständiger Austausch mit Netzwerpartnern, dadurch Bündelung der Beratungsleistung und Fachkompetenz, workflow; ggf. Clearingstelle	Personal nach Personalbemesung durch Amt 11 für: Welcome-Desk, EDV/Internet, Integrationsberatung und Vernetzungsarbeit. Personalkonzept: Fach- und Sozialkompetenz sowie Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als Kriterien für Personalauswahl; kontinuierliche Qualifizierungen; Personaltausch/ Hospitation mit BAMF, MEB, Flüchtlingsberatung, anderen ABH	Sehr hoch Die angestrebte Willkommenskultur wird durchgängig umgesetzt. Bei der Neugestaltung können positive Erfahrungen aus anderen Städten (z.B. HH) problemlos aufgenommen werden. Spürbare Qualitätssteigerung der Dienstleistungen.	Für...../ gegen..... Stimmen

Alternative	Räume	Angebote	Prozesse	Personal	Nutzen für Bürger	Abstimmung
2	Neugestaltung des 2. OG im Rathaus: Umgestaltung der Räume ohne Tresen und offene helle Büroausstattung und –gestaltung, Multifunktionsarbeitsplätze. Empfangstheke mit freundlichem, mehrsprachigem, interkulturell geschultem Personal. Angenehm gestalteter Wartebereich (offen, hell, Sitzgruppe, Wasserspender, Flachbildschirm, Leseecke, Spielecke). Einfache Bezahlvorgänge, Migrations- und Flüchtlingsberatung vor Ort, ggf. Beratungszimmer für AIB vor Ort. Mehrbedarf an Räumen durch Auslagerung des Bereichs 333/ Sozialversicherungsangelegenheiten	Welcome-Desk gegenüber der Aufzüge: Infopoint, Erstanlaufstelle, Lotsenfunktion, Terminvergabe, Besuchersteuerung, ggf. Vorprüfung Unterlagen und Eingangsberatung, ggf. EAT-Ausgabe, ggf. Ausgabe Willkommenspaket/-tasche, Feedback-Bogen Internetportal: Informationen, Anträge zum Downloaden bzw. direkt Ausfüllen, Verlinkung zu BAMF, vhs, ZRS, IOM, AIB, etc.	Erreichbarkeit verbessern; Öffnungszeiten; Terminvereinbarungen; Zielgerichtete Beratung, Einrichtung Integrationsberatung; Ständiger Austausch mit Netzwerkpartnern, dadurch Bündelung der Beratungsleistung und Fachkompetenz, workflow; ggf. Clearingstelle	Personal nach Personalbemessung durch Amt 11 für: Welcome-Desk, EDV/Internet, Integrationsberatung und Vernetzungsarbeit. Personalkonzept: Fach- und Sozialkompetenz sowie Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als Kriterien für Personalauswahl; kontinuierliche Qualifizierungen; Personaltausch/ Hospitation mit BAMF, MEB, Flüchtlingsberatung, anderen ABH	Sehr hoch. Die angestrebte Willkommenskultur wird durchgängig umgesetzt. Bei der Neugestaltung können positive Erfahrungen aus anderen Städten (z.B. HH) weitgehend aufgenommen werden. Spürbare Qualitätssteigerung der Dienstleistungen. Kurze Wege für den Bürger. Atmosphäre und Abläufe in Bürgeramt und ABH sind vergleichbar.	Für...../ gegen..... Stimmen

Hinweis: Amt 24/GME hat die Neugestaltung im Hinblick auf technische Möglichkeiten geprüft.

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Anlagenbuchhaltung/Bilanz

Vorlagennummer:
20/045/2013

Eröffnungsbilanz Powerpoint-Präsentation

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.09.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/WA

Verantwortliche/r:
Referat für Wirtschaft und Finanzen
Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit

Vorlagennummer:
II/237/2013

Prekäre Beschäftigung in Erlangen

SPD-Stadtratsfraktion Nr. 072/2013 vom 07.05.2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	17.07.2013	Ö	Beschluss	vertagt
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.09.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Arbeitsagentur für Arbeit, GGFA

I. Antrag

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 72/2013 vom 07.05.2013 gilt damit als bearbeitet.

II. Begründung

Vorbemerkung

Die nachfolgenden Daten beruhen auf Berichten und Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit. Die aktuellsten Zahlen über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die jeweils zum Quartalsende erhoben werden, liegen für den September 2012 vor. Nachfolgend werden jedoch die Juni-Daten verwendet, da diese nicht so stark von Faktoren beeinflusst sind wie z. B. Schuljahresende, Witterung, Urlaubszeit.

Entwicklung der Beschäftigten 2006 bis 2012 am Arbeitsort Erlangen

Die nachstehende Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Erlangen. Sie beinhaltet sowohl die Erlanger und Erlangerinnen, die in Erlangen arbeiten, als auch die Nicht-Erlanger mit Arbeitsort in unserer Stadt.

Tabelle 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen am Arbeitsort

jew. 30.6.	insgesamt	Produzierend. Gewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Unter- nehmens- dienstleistg.	Öffentl. u. private Dienstleistg.	Land- wirtschaft
2006	74.019	35.032	8.232	11.731	18.872	152
2007	76.286	36.626	8.160	12.066	19.285	149
2008	79.412	38.155	8.376	12.820	19.963	98
2009	80.626	38.730	8.279	12.527	21.012	78
2010	82.717	38.787	8.328	13.705	21.814	83
2011	85.302	* 30.635	8.380	* 23.828	22.381	78
2012	87.262	32.195	8.384	23.435	23.177	71

* bis Mitte/Ende 2010 wurden u. a. die Beschäftigten von AREVA und Siemens Energy beim Wirtschaftsbereich „Produzierendes Gewerbe -Energieversorgung“ geführt, seit 2011 sind sie bei „Unternehmensdienstleistungen“ aufgeführt.

Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg von Juni 2006 bis zum Juni

2012 um 13.243 Personen (+ 17,9%). Von 2009 bis 2012 betrug der Anstieg 8,2% (6.636 Beschäftigte). Ein besonders starker Anstieg ergab sich von Juni 2006 bis Juni 2012 im Wirtschaftsbereich „öffentliche und private Dienstleistungen“ mit 22,8%.

Die nachfolgenden Ausführungen und Tabellen 2 und 3 beziehen sich auf **die in Erlangen wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Minijobber**, unabhängig vom Arbeitsort.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die auch einen Minijob ausüben, sind wegen des Personenprinzips dieser Statistik nur einmal erfasst, also mit Hauptbeschäftigung und Minijob. Ausschließliche Minijobber sind in Tabelle 2 also nicht enthalten.

Minijobs sind geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse. Bei diesen darf das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 450,- € nicht überschreiten. Bei der gleichzeitigen Ausübung von mehreren kurzfristigen Beschäftigungen darf die Geringfügigkeitsgrenze von 450 € nicht überschritten werden.

Tabelle 2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt mit Wohnsitz in Erlangen

	Jun. 12	Jun. 11	Jun. 10	Jun. 09	Jun. 08	Jun. 07	Jun. 06	Zunahme Jun. 06 bis Jun. 12	
insgesamt	42.364	41.341	40.117	39.797	39.586	38.257	37.379	4.985	13,3%
- männlich	54,7%	55,0%	55,0%	55,1%	55,5%	55,4%	54,9%		
- weiblich	45,3%	45,0%	45,0%	44,9%	44,5%	44,6%	45,1%		

Tabelle 3

Geringfügig entlohnte Beschäftigte mit Wohnsitz in Erlangen

	Jun. 12	Jun. 11	Jun. 10	Jun. 09	Jun. 08	Jun. 07	Jun. 06	Zunahme Jun. 06 bis Jun.12	
insgesamt	9.815	9.556	9.364	9.337	9.192	8.759	8.501	1.314	15,5%
- im Nebenjob	3.727	3.570	3.361	3.401	3.282	2.947	2.844	883	31,0%
- ausschl. Minijob	6.088	5.986	6.003	5.936	5.910	5.812	5.657	431	7,6%

Motive für Minijobs

Aus der prozentual mehr als doppelt so hohen Zunahme von **Minijobs als Nebenerwerb** gegenüber den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt könnte die Schlussfolgerung gezogen werden, dass für immer mehr Menschen die Hauptbeschäftigung nicht (mehr) ausreicht, um die Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Allerdings: Es gibt keine Daten darüber, wie viele Menschen aus welchen Motiven Minijobs als Nebenjob ausüben. Die Motive sind vielfältig und individuell.

Für **ausschließlich geringfügig Beschäftigte** ist der Minijob teilweise ein Nebenverdienst neben Studium, Schul- oder Berufsausbildung, Rentenbezug oder Familien- bzw. Hausarbeit. In welchem Umfang unzureichendes Renten- oder Familieneinkommen eine Rolle spielt lässt sich nicht quantifizieren.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Minijobber nach Wirtschaftszweigen

(Tabelle 4)

Die als **Anlage** beigefügte Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Minijobber mit **Wohnort Erlangen**, aufgegliedert nach Wirtschaftszweigen.

Hierbei handelt es sich um eine Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit, die nur bis zum Juni 2009 zurückreicht. Ein Vergleich mit den Jahren 2007 und früher wäre ohnehin kaum möglich, da ab 2008 die Systematik der Wirtschaftszweige geändert wurde.

Bei den Minijobbern ist zu beachten, dass keine Differenzierung zwischen Minijob als Nebenjob und Minijob als ausschließliche Beschäftigung (wie in Tabelle 3) vorliegt. Somit ist ein unmittelbarer Vergleich der Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt und bei den Minijobbern nur eingeschränkt möglich.

Zur Tabelle 4:

In den drei Jahren von Juni 2009 bis Juni 2012 nahm die Zahl der in Erlangen wohnenden **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** um 2.567 zu. Dies war eine Steigerung von 6,4%. Prozentual besonders stark fiel der Anstieg vor allem in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen (47,1%, +90 Beschäftigte), Information und Kommunikation (24,9%, +374 Beschäftigte), sowie bei der Überlassung von Arbeitskräften, d. h. Leiharbeiter, (17,8%, 148 Beschäftigte) aus.

Absolut gab es mit 698 Beschäftigten (+11,8%) die stärkste Zunahme im Gesundheits- und Sozialwesen.

Rückgänge gab es im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung (-19,7%, -45 Beschäftigte), im Bereich Verkehr und Lagerei (-6,1%, -68 Beschäftigte) und im Einzelhandel (-2,3%, -54 Beschäftigte).

Bei den **Minijobbern** betrug der Anstieg der Beschäftigten 5,1% (+478 Beschäftigte). Weit überdurchschnittliche Zunahmen ergaben sich bei privaten Haushalten mit Hauspersonal (28,5%, +87 Beschäftigte) und im Gastgewerbe (15,7%, +189 Beschäftigte). Dies sind zwei Bereiche in denen es erfahrungsgemäß viele ausschließliche Minijobber gibt (z. B. Studierende, Hausfrauen). Überdurchschnittliche Zunahmen zeigen auch der Bereich öffentliche Verwaltung und Sozialversicherungen (18,8%, +16 Beschäftigte) sowie das Gesundheits- und Sozialwesen (10,9%, +128 Beschäftigte).

Die prozentual stärksten Rückgänge verzeichneten die Bereiche Energie-, Wasserversorgung und Abfallentsorgung (-28,1%, -41 Beschäftigte), Information und Kommunikation (-24,7%, -83 Beschäftigte) sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (-20,8%, -15 Beschäftigte).

Leiharbeiternehmer

Die Tabelle 5 zeigt, dass in Erlangen der Anteil der Leiharbeiternehmer an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den letzten Jahren (teilweise deutlich) über dem bayerischen Durchschnitt lag. Dies hat jedoch wenig Aussagekraft, da eine solche nur durch eine genauere Betrachtung der örtlichen und der bayerischen Wirtschaftsstruktur möglich wäre.

Die Arbeitsagentur selbst hat nur Daten über die bei Leiharbeitsfirmen beschäftigten Personen (inklusive Stammpersonal), jedoch nicht über die Firmen, bei denen Leiharbeitskräfte eingesetzt sind. Deshalb lassen sich für Erlangen hier keine branchenbezogene Aussagen machen.

Tabelle 5

Leiharbeiternehmer am Arbeitsort Erlangen

	Sep. 12	Jun. 12	Jun. 11	Jun. 10	Jun. 09	Jun. 08
SV Beschäftigte insg.	87.953	87.262	85.302	82.717	80.626	79.412
Leiharbeiternehmer	2.254	2.345	2.862	2.414	1.649	2.401
Anteil Leih. an SV Besch.	2,6%	2,7%	3,4%	2,9%	2,0%	3,0%
Anteil in Deutschland	2,7%	2,7%	2,9%	2,6%	1,9%	2,6%
Anteil in Bayern	2,5%	2,5%	2,6%	2,3%	1,6%	2,3%

Aufstocker

Für den Personenkreis der Aufstocker, also Beschäftigte, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens zusätzlich SGB II-Leistungen erhalten, ist in Erlangen die GGFA AöR zuständig. Die nachfolgenden Ausführungen und Daten hat die GGFA für diesen Sachbericht aufbereitet.

Nach den Erfahrungen der GGFA sind viele Langzeitleistungsbezieher Aufstocker auf Minijob-Basis. Dies bedeutet eher weniger ein Einrichten in der Alimentierung, als die berufliche Teilhabe in dem Maß, wie es die oft multiple Hemmnislage der Betroffenen (körperliche, psychische Einschränkungen) zulässt.

Aktuell führt die GGFA eine Analyse des Kundenstamms durch, der nur relativ geringe SGB II-Leistungen erhält. Dabei wird auch geprüft, ob durch Erhöhung der Arbeitszeit oder Stellenwechsel (auch mit Unterstützung der GGFA) ein Verlassen aus dem SGB II-Bezug möglich werden könnte. Es zeigt sich jedoch, dass gerade bei dieser Zielgruppe das Wegfallen des SGB II-Bezuges den Verzicht auf andere Komplementärleistungen bedeutet (z.B. BuT-Bildungs- und Teil-

habepaket, GEZ etc.), so dass z.B. der Wegfall von 100 € SGB II-Bezug durch eine beträchtliche Lohnsteigerung aufgefangen werden müsste.

Tabelle 6:

Aufstocker nach Einkommenshöhe und Kundentyp (Stand September 2012)

	Aktivierbare Kunden	mit max. möglicher Beschäftigung (körperliche und/ oder psychische Einschränkungen)	nicht mitwirkungs-pflichtige Kunden	Status in Klärung	Summe
1 € - 150 € (keine 1 €-Jobs)	112	21	10	1	144
151 € - 400 €	192	75	3	2	272
401 € - 600 €	66	93	0	1	160
601 € - 800 €	43	107	1	2	153
801 € - 1000 €	34	88	0	2	124
>1001 €	19	111	0	2	132
Summe	466	495	14	10	985

Selbstständige/Erwerbstätige

Einkünfte aus Erwerbstätigkeit 957

Einkünfte aus Selbstständigkeit/Gewerbebetrieb 28

Insgesamt 985

Seit dem Spitzenwert von über 1.100 Aufstockern Anfang 2011 ist der Wert auf 934 (März 2013) zurückgegangen. Im Jahr 2012 lag er mit Ausnahme von Juli und August immer unter 1.000 Aufstockern.

Eine Abfrage beim Statistiks-service der BA mit den aktuellsten validen Daten (März 2013) zeigt eine insgesamt leichte Verringerung der Aufstocker. Die abweichende Unterscheidung der Gehaltsgruppen gegenüber Tabelle 6 ist auf die neue Freibetragsregelung (450 Euro seit 1.1.2013) zurückzuführen.

Tabelle 7:

Aufstocker nach Erwerbseinkommen und anderen Merkmalen (Stand März 2013)

Merkmale	Insg.	darunter					
		männl.	Anteil	weibl.	Anteil	u. 25 J.	Anteil
erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Brutto-Einkommen aus Erwerbstätigkeit	934	383	41%	551	59%	84	9%
davon aus: - abhängiger Erwerbstätigkeit	904	366	40%	538	60%	84	9%
- selbstständiger Erwerbstätigkeit	38	22	58%	16	42%		
Höhe des Brutto-Einkommens aus Erwerbstätigkeit							
bis 450 Euro	400	172	43%	228	57%	44	11%
größer 450 bis 850 Euro	193	75	39%	118	61%	28	15%
größer 850 bis 1200 Euro	166	49	30%	117	70%	9	5%
größer 1200 Euro	145	70	48%	75	52%	3	2%

Ergänzende Leistungen werden in einem deutlichen Übergewicht von Frauen bezogen! Über 70% der Aufstocker sind den Langzeitleistungsbeziehern zuzurechnen:

Tabelle 8:

Langzeitleistungsbezieher	Insgesamt	60 Monate und mehr	Anteil an alle (1)
abhängig erw erbstätige AlgII-Bezieher	565	400	71%
Brutto-Einkommen <= 450 Euro	272	196	72%
Brutto-Einkommen > 450 bis <= 850 Euro	121	84	69%
Brutto-Einkommen > 850 Euro	172	120	70%
selbständige erw erbstätige AlgII-Bezieher	16	10	63%

Die folgende statistische Differenzierung der Zielgruppe zeigt, dass unter den Aufstockern vor allem Alleinstehende, Alleinerziehende und Familien (Partner-Bedarfsgemeinschaft mit Kinder) zu finden sind:

Tabelle 9:

Merkmal		darunter mit zu berücksichtigendem Einkommen aus					
		abhängiger Erwerbs-tätigkeit und oder Selbst-ständigk.	darunter aus				Selbst-ständig-keit
			abhän-giger Beschäf.	bis 450 Euro	ü. 450 bis 850 Euro	über 850 Euro	
Insgesamt	3.074	934	904	400	193	311	38
dar. mit Arbeitsvermittlungsstatus arbeitslos/arbeitsuchend *	1.971	686	664	311	144	209	27
davon ohne Hauptschulabschluss	341	113	112	56	22	34	
mit Hauptschulabschluss	756	246	241	121	49	71	7
Mittlere Reife	221	80	77	37	21	19	
Abitur / Fachabitur	237	77	70	46	10	14	7
keine Angabe	416	170	164	51	42	71	7
davon in Single-Bedarfsgemeinschaft (BG)	1.276	319	305	193	65	47	16
Alleinerziehenden-BG	629	234	227	72	64	91	
Partner-BG ohne Kinder	315	88	86	43	16	27	
Partner-BG mit Kindern	747	257	250	76	40	134	11
Sonstige	107	36	36	16	8	12	

* Arbeitet ein Leistungsberechtigter weniger als 15 h/Woche gilt er weiterhin arbeitslos. Sofern er weiterhin im SGB II-Bezug ist, ist er auf jeden Fall arbeitsuchend, da er grundsätzlich verpflichtet ist, weiter nach einer bedarfsdeckenden Beschäftigung zu suchen.

Deutlich werden hier zwei weitere Besonderheiten:

- Alleinlebende sind deutlich erhöht in der Erwerbsgruppe bis 450 Euro zu finden. Hier ist die Erfahrung, dass aufgrund einer multiplen individuellen Problemlage keine wesentliche Erhöhung der Erwerbstätigkeit zu erwarten ist.
- Familien befinden sich aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten trotz durchschnittlich hohem Einkommen im SGB II-Bezug.

Erlangen liegt im Vergleich des durchschnittlichen anrechenbaren Einkommens gleich nach München an der Spitze in Bayern – eine Folge der hohen Lebenshaltungs- und Mietkosten in Erlangen. Eine überschlägige Berechnung zeigt, dass z.B. bei Alleinstehenden ein Bruttoeinkommen von

rund 1600,-- € zu erzielen ist, um aus dem Bezug zu gelangen. Hinzuverdienstgrenzen und das Mietniveau sind hier bestimmend. Dies limitiert nicht nur die Möglichkeit, Langzeitbezug durch bedarfsdeckende Eingliederung zu verringern, sondern unter Umständen in Einzelfällen die grundsätzliche Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme, wenn diese nicht zum Bezugsende und damit zur „Unabhängigkeit vom Amt“ führt.

Fazit

Die Zahl der in Erlangen wohnenden Menschen, die neben ihrer Haupterwerbstätigkeit noch einen Minijob haben, ist im Zeitraum Juni 2006 bis Juni 2012 prozentual fast 2 ½ mal so stark gestiegen, wie die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (nominal plus 883 versus plus 4.985).

Die Gründe der verstärkten Zunahme der Minijobs sind vielfältig. Konkrete Informationen gibt es jedoch nicht. Nach Auffassung des Wirtschaftsreferates lassen sich nur anhand der Statistik keine Aussagen treffen, inwieweit in Erlangen immer mehr Menschen nicht von ihrem regulären Einkommen leben können.

Die Zahl der Aufstocker ging seit Anfang 2011 etwas zurück. Die Mehrheit der Aufstocker hat keinen Vollzeitjob. Die meisten Aufstocker können aufgrund familiärer Verhältnisse (z. B. Alleinerziehende) oder körperlicher oder/und psychischer Einschränkungen auch keiner Vollzeittätigkeit nachgehen. Auch aus den Daten über die Aufstocker lassen sich keine Rückschlüsse ziehen, inwieweit immer mehr Erlangerinnen und Erlanger nicht von ihrem regulären Einkommen leben können.

Anlagen:

Anlage 1 – Tabelle 4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Minijobbern mit Wohnsitz Erlangen nach Wirtschaftszweigen

Anlage 2 – Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 072/2013 vom 07.05.2013

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 17.07.2013

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird auf Vorschlag von Herrn StR Dr. Janik in die September-Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses vertagt.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Beugel
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

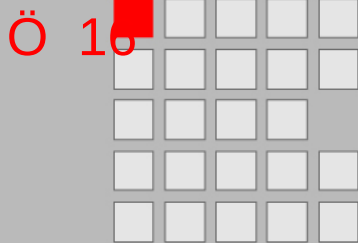
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Tabelle 4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Mini-Jobber nach Wirtschaftszweigen - Wohnort Erlangen

Wirtschaftsabschnitte, -abteilungen	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte										Geringfügig entlohnte Beschäftigte (Mini-Jobber)									
	Juni 2012		Juni 2011		Juni 2010		Juni 2009		Veränderung 2012 zu 2009		Juni 2012		Juni 2011		Juni 2010		Juni 2009		Veränderung 2012 zu 2009	
	in %	Beschäft.	in %	Beschäft.	in %	Beschäft.	in %	Beschäft.	in %	Besch.	in %	Beschäft.	in %	Beschäft.	in %	Beschäft.	in %	Beschäft.	in %	Besch.
Insgesamt	100	42.364	100	41.341	100	40.117	100	39.797	6,4	2.567	100,0	9.815	100,0	9.556	100,0	9.364	100,0	9.337	5,1	478
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,2	65	0,2	78	0,2	71	0,2	64	1,6	1	0,2	21	0,2	21	0,1	13	0,2	21	0,0	0
Verarbeitendes Gewerbe	29,7	12.603	28,9	11.961	29,6	11.865	30,6	12.199	3,3	404	6,0	593	6,1	584	6,2	583	6,4	599	-1,0	-6
davon: Herstellung von elektr. und opt. Erzeugn. sowie elektr. Ausrüstungen	20,4	8.623	19,8	8.178	20,4	8.172	21,28	8.470	1,8	153	1,7	171	1,5	141	1,5	139	1,8	172	-0,6	-1
Maschinenbau	3,2	1.357	3,1	1.266	3,0	1.220	3,03	1.206	12,5	151	0,3	26	0,3	31	0,3	25	0,3	26	0,0	0
Energie-, Wasserversorg., Abfallentsorg.	0,8	330	0,8	335	6,7	2.685	6,3	2.524	*	*	0,2	16	0,1	14	0,6	53	0,6	57	-28,1	-41
Baugewerbe	2,2	912	2,2	929	2,2	877	2,3	906	0,7	6	1,6	156	1,8	176	1,9	175	1,6	149	4,7	7
Handel; Instandhaltg. u. Reparatur v. Kfz	9,0	3.830	9,2	3.796	9,5	3.796	9,9	3.931	-2,6	-101	14,4	1.415	14,5	1.383	14,6	1.365	15,3	1.429	-1,0	-14
davon: Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz.)	5,4	2.277	5,5	2.260	5,6	2.240	5,8	2.331	-2,3	-54	1,1	110	0,9	83	0,9	81	1,0	89	23,6	21
Verkehr und Lagerei	2,5	1.049	2,6	1.086	2,7	1.079	2,8	1.117	-6,1	-68	2,2	214	2,3	223	2,1	196	2,3	216	-0,9	-2
Gastgewerbe	2,6	1.098	2,5	1.053	2,6	1.051	2,7	1.072	2,4	26	14,2	1.391	14,0	1.339	13,1	1.230	12,9	1.202	15,7	189
Information und Kommunikation	4,4	1.879	4,5	1.864	3,8	1.529	3,8	1.505	24,9	374	2,6	253	2,9	277	3,2	302	3,6	336	-24,7	-83
Finanz- u. Versicherungsdienstleist.	2,1	908	2,2	920	2,3	920	2,2	893	1,7	15	0,6	57	0,7	70	0,7	69	0,8	72	-20,8	-15
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,7	281	0,5	208	0,5	196	0,5	191	47,1	90	3,0	294	3,1	298	3,3	308	3,2	303	-3,0	-9
Freiberufl., wissensch., techn. Dienstleist.	10,6	4.486	10,8	4.480	4,7	1.904	4,7	1.887	*	*	6,0	592	6,1	587	6,1	571	6,2	580	2,1	12
Erbringung sonst. wirtschaft. Dienstleist.	6,8	2.873	7,2	2.987	7,1	2.838	6,3	2.505	14,7	368	11,4	1.121	11,4	1.090	10,6	990	11,4	1.068	5,0	53
davon: Überlassung von Arbeitskräften	2,3	980	2,8	1.144	2,7	1.076	2,1	832	17,8	148	0,7	66	0,9	86	0,7	70	0,7	66	0,0	0
Öffentl. Verwaltung, Sozialversicher.	3,6	1.523	3,7	1.516	3,6	1.440	3,6	1.444	5,5	79	1,0	101	1,1	101	1,0	95	0,9	85	18,8	16
Erziehung und Unterricht	6,6	2.794	6,4	2.645	6,5	2.596	6,3	2.502	11,7	292	12,4	1.216	11,6	1.112	12,4	1.161	11,9	1.111	9,5	105
Gesundheits- und Sozialwesen	15,6	6.622	15,4	6.361	15,3	6.136	14,9	5.924	11,8	698	13,3	1.301	13,5	1.289	13,4	1.254	12,6	1.173	10,9	128
davon: Gesundheitswesen	12,4	5.260	12,3	5.070	12,1	4.857	11,7	4.662	12,8	598	10,5	1.031	10,5	1.006	10,7	999	10,1	940	9,7	91
davon: Heime und Sozialwesen	3,2	1.362	3,1	1.291	3,2	1.279	3,2	1.262	7,9	100	2,8	270	3,0	283	2,7	255	2,5	233	15,9	37
Kunst, Unterhaltung und Erholung	0,4	184	0,5	188	0,5	219	0,6	229	-19,7	-45	2,8	270	2,6	246	2,7	250	2,8	259	4,2	11
Sonstigen Dienstleistungen	2,0	868	2,1	870	2,2	866	2,1	851	2,0	17	4,2	412	4,2	406	4,5	420	4,0	372	10,8	40
Priv. Haushalte mit Hauspersonal	0,1	59	0,2	64	0,1	49	0,1	53	11,3	6	4,0	392	3,6	340	3,5	329	3,3	305	28,5	87

* Bis 2010 wurden u. a. die Beschäftigten von AREVA und Siemens Energy beim Wirtschaftszweig "Energieversorgung" geführt. Seit 2011 sind sie dem WZ "freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen" zugeordnet.



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 07.05.2013

Antragsnr.: 072/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: II/WA

mit Referat:

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus
91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Antrag zum HFGA Prekäre Beschäftigung in Erlangen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Arbeit bedeutet nicht nur Einkommen, sondern auch Teilhabe an unserer Gesellschaft. Arbeit gibt den Menschen Identität und Würde. Deshalb sind sichere Arbeitsplätze eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche und solidarische Stadtgesellschaft. Ein Arbeitsplatz muss sicher sein und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch die Möglichkeit geben, vom Arbeitseinkommen sich und die Familie zu ernähren. Leih- und Zeitarbeit sollten nur zeitlich begrenzte Ausnahmen sein und dazu dienen, Auftragsspitzen abzufangen. Krankheit und Alter dürfen nicht bedeuten, dass Menschen auf das Abstellgleis des Arbeitsmarktes geraten.

Datum
07.05.2013

AnsprechpartnerIn
Dr. Florian Janik

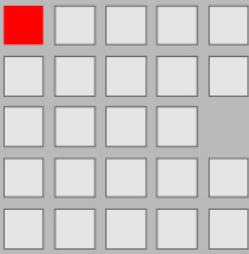
Durchwahl
0176 23533630

Erlangen nimmt beim Thema Arbeitsplätze aufgrund seiner besonderen Gegebenheiten eine Sonderstellung ein. Dennoch sind auch in unserer Stadt nach einem Bericht der Erlanger Nachrichten vom 18. April 2013 immer mehr Menschen auf einen Zweit-Job angewiesen. Laut der zugrundeliegenden Studie haben in Erlangen rund 3700 Arbeitnehmer neben ihrem normalen Job noch einen sogenannten Mini-Job, das entspricht einer Quote von rund acht Prozent. Daraus – und aus der großen Zahl der SGB-II-AufstockerInnen – ist zu schließen, dass auch in Erlangen immer mehr Menschen nicht von ihrem regulären Einkommen leben können.

Seite
1 von 2

Wir stellen daher den Antrag:

Der Ausschuss beschäftigt sich in einer der nächsten Sitzungen mit der Arbeitsmarktsituation in Erlangen unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte Mini-Jobs, Leiharbeit und AufstockerInnen. Hierbei sind die Leiterin der Arbeitsagentur, die GGFA sowie die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerseite einzubeziehen.



SPD Fraktion im Stadtrat Erlangen

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Wolfgang Vogel
Sprecher für Arbeit und
Wirtschaft

Gisela Niclas
Sprecherin für
Soziales

Barbara Pfister
Stv.
Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Gary Cunningham
Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Datum
07.05.2013

AnsprechpartnerIn
Dr. Florian Janik

Durchwahl
0176 23533630

Seite
2 von 2

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/BTM

Verantwortliche/r:
Referat für Wirtschaft und Finanzen
Beteiligungsmanagement

Vorlagennummer:
II/241/2013

Erlangen AG Technologie Scouting und Marketing; Erwerb von Aktien durch die Stadt

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.09.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Vorstand der Erlangen AG, Wirtschaftsförderung

I. Antrag

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss beschließt:

1. Die Stadt Erlangen kauft die im Eigentum der Siemens AG befindlichen Aktien der Erlangen AG (31,85 % des Grundkapitals) zu einem Preis von 1 Euro.
2. Die Stadt Erlangen prüft die Möglichkeit, Aktien weiterer Aktionäre zu erwerben. Sie wird diese übernehmen, soweit sie zu einem ähnlichen Preis wie die im Eigentum der Siemens AG befindlichen Aktien überlassen werden.
3. Der Vertreter der Stadt Erlangen wird ermächtigt, in der Hauptversammlung der Erlangen AG dem Erwerb eigener Anteile durch die Erlangen AG zuzustimmen.
4. Die Verwaltung legt bis Ende 2013 dem HFGPA einen Beschlussvorschlag über die künftige Gestaltung der Erlangen AG vor. Dabei ist auch die Möglichkeit einer Liquidation oder einer „Aufschmelzung“ auf die Medical Valley Center GmbH zu prüfen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

In der Sitzung des HFGPA am 17.07.2013 wurde im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2012 aus dem dazugehörigen Lagebericht des Vorstands zitiert, dass aufgrund des schwierigen Marktumfeldes zu prüfen ist, ob eine Weiterführung der Gesellschaft sinnvoll ist. In der anschließenden Diskussion regte laut einem Protokollvermerk Herr Stadtrat Winkler an, über den weiteren Bestand der Erlangen AG dem Stadtrat bis Ende des Jahres einen Beschlussvorschlag vorzulegen.

Mit dem Ankauf bzw. der Übernahme weiterer Anteile wird die angestrebte Umstrukturierung der AG erleichtert.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der Stadt liegt ein Angebot der Siemens AG vor, deren Erlangen AG-Aktien (31,85 % des Grundkapitals) zu einem Preis von 1 Euro zu übernehmen. Damit würde die Stadt einen Anteil von 84,85 % halten.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Verwaltung prüft bis Ende des Jahres ergebnisoffen verschiedene Möglichkeiten hinsichtlich der künftigen Gestaltung der Erlangen AG. Hierbei werden auch verschiedene gesellschaftsrechtliche Modelle untersucht werden. Unabhängig von gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten sollte die Stadt Erlangen versuchen, auch die restlichen Aktien zu erwerben. Alternativ könnte der Erwerb von eigenen Aktien durch die Erlangen AG erfolgen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
II/240/2013/2

Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 129/2013 vom 23.7.2013 zu TOP 24 der Stadtratssitzung am 25.07.2013 Personalkostenbudgetierung und Protokollvermerk aus der 10. Sitzung des Stadtrates hierzu

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.09.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.09.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Fraktionsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 129/2013 vom 23.7.2013 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Wie aus beigefügter Tabelle ersichtlich, wurden in den Jahren 2010 bis 2012 Mittel aus den Personalkostenbudgets entsprechend der geltenden Budgetierungsregeln in den dargestellten Sachkostenbudgets verwendet.

Ursache hierfür könnte eine zu geringe Ausstattung der Sachkostenbudgets zur Abarbeitung der Arbeitsprogramme darstellen. Es handelt sich jedoch nur um eine mögliche Begründung. Hieraus die Notwendigkeit zu einer dauerhaften Budgeterhöhung abzuleiten, erscheint keineswegs zwingend.

Weitere mögliche Begründungen zur Verwendung von Mitteln aus den Personalkostenbudgets für Sachaufwendungen:

- Bei lang andauernden Erkrankungen von Tarifbeschäftigten erhalten die Budgets Personalkostenerstattungen. Da im Regelfall die Aufgaben nicht verschiebbar sind, finanzieren die Ämter aus diesen Mitteln Leistungsprämien oder die Vergabe von Aufträgen an Dritte, um die Aufgabenerfüllung sicher zu stellen (siehe Amt 20).
- Für die Zweckbestimmung der Budgetrücklagen werden Verwendungsbeschlüsse gefasst. Ergeben sich unterjährig Personalkostenüberschüsse, finanzieren manche Ämter die sich aus den Verwendungsbeschlüssen ergebenden Aufgaben hieraus. Die Budgetrücklage bleibt (teilweise) unangetastet, die Personalkostenüberschüsse unterliegen auf diesem Wege der Mittelverwendung nicht der 70:30-Regelung.
- Die Budgetierungsregeln erlauben die Verwendung von Personalkostenüberschüssen auch für zusätzliche, nicht in den Arbeitsprogrammen dargestellte Aufgaben. Die Möglichkeit zur Finanzierung dieser „Kür“-Leistungen eröffnen erst die Personalkostenerstattungen.
- Aus dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis (siehe Tabelle) wurden hinsichtlich der Budgetübertragung im Einzelfall Schlüsse gezogen. So wurden z. B. die hohen Defizite der Ämter 32 (Mindereinnahmen aus KVÜ) und 44 nicht oder nur teilweise übertragen.
- Eine Budgetaufstockung nach Durchschnittswerten berücksichtigt nicht, dass auf Defizite der

Vorjahre im Sachkostenbudget durch eine höhere Mittelausstattung 2012 reagiert sein kann. Ein zusätzlicher Ausgleich würde eine Überkompensation darstellen.

- Unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt selbstverständlich auch die Neufassung der Personalkostenbudgetierung die Erwirtschaftung von Überschüssen, die in den Sachmittelbudgets verwendet werden können.

Würden Sachkostenbudgets pauschal erhöht, so würde dies den Ämtern einen Sparanreiz nehmen, nämlich durch Ausgabendisziplin oder der Akquirierung von Mehreinnahmen das Budgetdefizit zu verringern. Weiterhin mag die Frage erlaubt sein, wie mit künftigen Budgetüberschüssen zu verfahren ist. Würden bestimmte Sachmittelbudgets aufgestockt, wären konsequenterweise Personalkosteneinsparungen zu 100% einzuziehen. Den Fachbereichen würden hierdurch aber gemäß den Budgetierungsregeln gewollte Dispositionsmöglichkeiten genommen.

Aus Sicht der Kämmerei zeigt sich, dass die Verwendung von Personalmitteln für Sachmittel einer detaillierten Analyse bedürfte, ob die von der Antragstellerin gezogene Schlussfolgerung zutrifft. Aber auch im Fall einer durchgeführten Analyse könnten damit keine Prognosen abgegeben werden, wie sich die neuen Budgetierungsregeln auswirken.

Die Kämmerei rät von einer pauschalen Erhöhung bestimmter Sachkostenbudgets ab, sondern schlägt vor, die Entwicklung im Zuge der Budgetabrechnung 2014 zu bewerten.

Hinweis: Sollte sich bei Annahme des SPD-Antrages Nr. 129/2013 für die Kämmerei eine Budgetaufstockung ergeben, verzichtet die Kämmerei hierauf im gesamtstädtischen Interesse, da es gilt, unter Beachtung der Haushaltsauflagen 2013 die Haushaltskonsolidierung voranzubringen.

Weitere Begründung der Stadtkämmerei aufgrund des im Betreff genannten Protokollvermerks

Aufgrund des Auftrages aus dem Protokollvermerk aus der 10. Sitzung des Stadtrates zu TOP 24.1 hat die Stadtkämmerei die Besonderheiten der einzelnen Budgets dargestellt, bei denen in den vergangenen drei Jahren Mittel aus dem Personalkostenbudget in das Sachkostenbudget überführt wurden.

Anlage 3 enthält Informationen zu den betreffenden Budgets. In einer erheblichen Anzahl von Fällen wurde im Lauf der Jahre bzw. im Zuge der Budgetverhandlungen 2014 auf Minderausstattungen in den Sachkostenbudgets reagiert. In den verbleibenden Fällen sieht die Kämmerei dennoch von einer Erhöhung der Sachkostenbudgets ab – aus unterschiedlichen Gründen. Vielmehr sollten eventuell notwendige Bereinigungen der Sachkostenbudgets erst im Zuge der Budgetabrechnung 2014 vorgeschlagen/beschlossen werden.

Anlagen:

Anlage 1_SKB_PKB2010_2012

Anlage 2_Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 129/2013 vom 23.7.2013

Anlage 3_SKB_PKB2010_2012_Ergänzung wegen Protokollvermerk

Anlage 4_Protokollvermerk aus der 10. Sitzung des Stadtrates vom 25.07.2013

III. Abstimmung
siehe Anlage

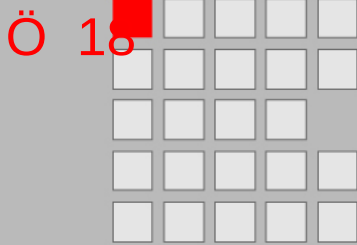
IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Ausgleich von Fehlbeträgen in den Sachkostenbudgets der Jahre 2010-2012 durch positive Personalkostenbudgetergebnisse

Amt	Bereinigtes Sachkostenbudget- ergebnis	Bereinigtes Personalkostenbudget- ergebnis	Bereinigtes Gesamtbudget- ergebnis	Entnahme(n) aus der Sonderrücklage Budgetergebnis im Rechnungsjahr aufgrund Verwendungsbeschluss
2010				
14	-12.403,48	116.864,52	104.461,04	---
20	-5.919,42	94.049,51	88.130,09	---
32	-603.039,02	70.189,46	-532.849,56	(Rücklagenstand: 0 €)
33	-25.716,93	34.710,20	8.993,27	(Rücklagenstand: 0 €)
41	-89.317,69	68.131,28	-21.186,41	✓
44	-296.945,51	144.643,52	-152.301,99	(Rücklagenstand: 0 €)
452	-30.955,59	12.312,44	-18.643,15	✓
(Museum)				
2011				
Gst	-3.384,63	2.948,30	-436,33	---
PR	-3.856,18	53,08	-3.803,10	---
13	-18.249,39	17.650,03	-599,36	✓
14	-2.288,17	39.962,08	37.673,91	(Freiwillige Rückgabe eines Teil
20	-6.224,47	126.994,39	120.769,92	---
32	-525.774,65	4.313,93	-521.460,72	(Rücklagenstand: 0 €)
40	-129.359,45	337.715,66	208.356,21	---
41	-40.129,18	12.561,08	-27.568,10	✓
44	-264.482,02	169.022,93	-95.459,09	(Rücklagenstand: 0 €)
452	-29.562,08	4.051,66	-25.510,42	(Rücklagenstand: 0 €)
51	-433.784,77	142.256,61	-291.528,16	✓
66	-34.352,03	59.299,09	24.947,06	✓
2012				
Gst	-2.161,96	915,21	-1.246,75	---
41	-86.521,58	45.005,14	-41.516,44	(Rücklagenstand: 0 €)
42	-4.961,45	19.155,25	14.193,80	---
44	-324.257,69	174.781,92	-149.475,77	(Rücklagenstand: 0 €)
66	-49.203,26	79.022,84	29.819,58	---



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 23.07.2013

Antragsnr.: 129/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/ZV/11

mit Referat:

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Änderungsantrag zu TOP 24 der Stadtratssitzung am 25.7.2013 Personalkostenbudgetierung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Datum
23.07.2013

die SPD-Fraktion unterstützt die neue Regelung der Personalkostenbudgetierung. Insbesondere den Wegfall der Wiederbesetzungssperre halten wir für einen wichtigen Schritt.

AnsprechpartnerIn
Dr. Florian Janik

Jedoch führt die Änderung der Regelungen für all die Ämter zu einer faktischen Reduzierung ihres Sachkostenbudgets, die in den vergangenen Jahren regelmäßig Ihr Sachkostenbudget durch Überschüsse im Personalkostenbudget ausgeglichen haben. Anders ausgedrückt: Das Sachkostenbudget dieser Ämter war nicht entsprechend der im Arbeitsprogramm festgelegten Aufgaben bemessen und konnte regelmäßig nur durch die Überschüsse im Personalkostenbudget ausgeglichen werden. Da dies durch die neue Regelung nicht mehr möglich sein wird, ist für die betroffenen Ämter ein Ausgleich notwendig. Andernfalls wäre die neue Regelung gleichbedeutend mit einer Kürzung der betroffenen Sachkostenbudgets.

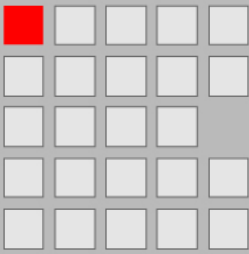
Durchwahl
0176 23533630

Seite
1 von 2

Wir beantragen daher:

Die Sachkostenbudgets aller Ämter, die in den vergangenen drei Jahren (2010-2012) ein Defizit im Sachkostenbudget durch einen Überschuss im Personalkostenbudget ganz oder teilweise ausgeglichen haben, werden um den Durchschnitt dieses Ausgleichsbetrages in den letzten drei Jahren angehoben. Diese Budgeterhöhung ist im Haushaltsentwurf zu dokumentieren.

Mit freundlichen Grüßen



SPD Fraktion im Stadtrat Erlangen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Barbara Pfister
Sprecherin für
Verwaltung

f.d.R. Gary Cunningham
Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Datum
23.07.2013

AnsprechpartnerIn
Dr. Florian Janik

Durchwahl
0176 23533630

Seite
2 von 2

Fraktionsantrag der SPD - Fraktion 129/2013 vom 23.07.2013
Ausgleich von Fehlbeträgen in den Sachkostenbudgets der Jahre 2010-2012 durch positive Personalkostenbudgetergebnisse
Stellungnahme der Kämmerei

	2010			1.1.2010	31.12.2010	
Amt	Bereinigtes Sachkostenbudgetergebnis (SKB Erg.)	Bereinigtes Personalkostenbudgetergebnis (PKB Erg.)	Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis	Budgetrücklage am 01.01	Budgetrücklage am 31.12	Erläuterung der Kämmerei
14	-12.403,48	116.864,52	104.461,04	28.133,10	49.025,31	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre kein negatives Sachkostenbudgetergebnis entstanden Sachkostenbudget ist ausreichend bemessen gewesen - siehe Zuwachs Budgetrücklage
20	-5.919,42	94.049,51	88.130,09	34.000,00	51.626,02	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre kein negatives Sachkostenbudgetergebnis entstanden Sachkostenbudget ist ausreichend bemessen gewesen - siehe Zuwachs Budgetrücklage
32	-603.039,02	70.189,46	-532.849,56	0,00	0,00	negatives SKB-Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass der ZVKVÜ die Ergebnisabführung 2010 erst 2011 vornahm. Die Haushaltsansätze sind 2012 ff angepaßt negatives SKB Erg. Aufgrund Gründung ZVKVÜ war nicht vorhersehbar
33/39	-25.716,93	34.710,20	8.993,27	0,00	1.798,65	Kein Protest des Fachamtes zum Haushalt 2010 negatives SKB-Ergebnis ist zurückzuführen auf Mehraufwendungen bei Wahlen. Dennoch ist Budgetrücklage angewachsen.
41	-89.317,69	68.131,28	-21.186,41	55.947,79	23.000,00	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre nur ein negatives SKB-Ergebnis von 33.370 € entstanden. Reaktion 2012: Aufstockung SKB um 98.000 Euro
44	-296.945,51	144.643,52	-152.301,99	0,00	0,00	Das Sachkostenbudget 2010 und 2011 des Theaters war aus Gründen der Haushaltskonsolidierung von Amt 20 auf 872.000 € eingefroren. Der Stadtrat hat die negativen Budgetergebnisse teilweise vorgetragen aber während der Haushaltsberatungen keine Budgetaufstockung vorgenommen. Mit dem Haushalt 2012 wurde aufgrund einer 5-jährigen Vergleichsberechnung vom Stadtrat ein Budgetvolumen von 1,1 Mio. Der Antrag der SPD würde zu einer zusätzlichen Budgeterhöhung von 162.816 € führen

452 Museum	-30.955,59	12.312,44	-18.643,15	7.000,00	0,00	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre nur ein negatives SKB-Ergebnis von 23.956 € entstanden Reaktion 2011: Aufstockung SKB um 42.000 Euro
-----------------------	------------	-----------	------------	----------	------	---

	2011			1.1.2011	31.12.2011	
Amt	Bereinigtes Sachkostenbudgetergebnis (SKB Erg.)	Bereinigtes Personalkostenbudgetergebnis (PKB Erg.)	Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis	Budgetrücklage am 01.01	Budgetrücklage am 31.12	Erläuterung
Gst	-3.384,63	2.948,30	-436,33	136,88	1.449,55	Kein Protest des Fachamtes zum Haushalt 2011 das negative SKB-Ergebnis ist zurückzuführen auf ausserplanmäßige Mehraufwendungen Anwachsen der Budgetrücklage infolge StR-Beschluß v. 30.06.11 zur Korrektur der Budgetabrechnung 2010
PR	-3.856,18	53,08	-3.803,10	13.651,22	9.848,12	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre kein negatives Sachkostenbudgetergebnis entstanden Sachkostenbudget ist ausreichend bemessen gewesen - siehe Budgetrücklage
34/39	-18.249,39	17.650,03	-599,36	67.912,96	37.463,60	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre kein negatives Sachkostenbudgetergebnis entstanden Sachkostenbudget ist ausreichend bemessen gewesen - siehe Budgetrücklage
14	-2.288,17	39.962,08	37.673,91	49.025,31	31.560,09	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre kein negatives Sachkostenbudgetergebnis entstanden Sachkostenbudget ist ausreichend bemessen gewesen - siehe Budgetrücklage
20	-6.224,47	126.994,39	120.769,92	51.626,02	68.000,00	Wegen längerer Krankheitsfälle musste im Doppikprojekt verstärkt ext. Beratung eingesetzt werden. Kostendeckung aus PKB-Erstattung. Sachkostenbudget ist ausreichend bemessen gewesen - siehe Zuwachs Budgetrücklage
32	-525.774,65	4.313,93	-521.460,72	0,00	0,00	negatives SKB-Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass der ZVKVÜ in 2011 für 2010 statt einer geplanten Ergebnisabführung von 650.000 € nur 93.239,45 € abführte. das negative SKB Erg. war aufgrund der geringen Abführung des ZVKVÜ nicht vorhersehbar Die Haushaltsansätze sind 2012 ff angepaßt
40	-129.359,45	337.715,66	208.356,21	215.165,31	256.836,55	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre kein bzw. deutlich geringeres negatives Sachkostenbudgetergebnis entstanden Sachkostenbudget ist ausreichend bemessen gewesen - siehe Budgetrücklage

41	-40.129,18	12.561,08	-27.568,10	23.000,00	0,00	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre nur ein negatives SKB-Ergebnis von 17.129 € entstanden Reaktion 2012: Aufstockung SKB um 98.000 Euro
44	-264.482,02	169.022,93	-95.459,09	0,00	0,00	siehe Erläuterungen zu 2010
452 Museum	-29.562,08	4.051,66	-25.510,42	0,00	0,00	Budgetaufstockung des Stadtrates von 86.500 € um 42.400€ auf 128.900 € (+ 49%)
51	-433.784,77	142.256,61	-291.528,16	129.500,00	0,00	In den Protestgesprächen zum Haushalt 2011 wurde bei Bedarf eine Mittelbereitstellung zugesichert. negatives SKB-Erg. wäre nicht entstanden, wenn das Amt die entsprechende Mittelbereitstellung beantragt hätte.
66	-34.352,03	59.299,09	24.947,06	38.994,09	4.989,41	In Kenntnis erwarteter Überschüsse im PKB wurden zusätzliche Ausgaben im SKB getätigt.

35/39

	2012			1.1.2012	31.12.2012	
Amt	Bereinigtes Sachkosten-budgetergebnis (SKB Erg.)	Bereinigtes Personalkosten-budgetergebnis (PKB Erg.)	Bereinigtes Gesamtbudget-ergebnis	Budget-rücklage am 01.01	Budget-rücklage am 31.12	Erläuterung
Gst	-2.161,96	915,21	-1.246,75	1.449,55	202,80	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre nur ein negatives SKB-Ergebnis von 712 € entstanden Kein Protest des Fachamtes zum Haushalt 2012 das negative SKB-Erg. wäre bei rechtzeitiger Reaktion des Amtes mit Antrag auf Budgetaufstockung/Mittelbereitstellung in 2012 nicht entstanden
33	-38.593,92	77.592,45	38.998,53	899,32	12.598,88	Kein Protest des Fachamtes zum Haushalt 2012 negatives SKB-Ergebnis ist zurückzuführen auf Mehraufwendungen bei Wahlen Dennoch: Budgetrücklage ist angewachsen Hinweis: Bei Budgetbemessung 2014 wurde StR-Wahl berücksichtigt

41	-86.521,58	45.005,14	-41.516,44	0,00	0,00	Budgetaufstockung des Stadtrates von 538.200 € um 98.000 € auf 636.200 € (+ 18%) Dennoch Defizit. Weitere Erhöhung des SKB erscheint nicht zielführend.
42	-4.961,45	19.155,25	14.193,80	38.966,30	43.224,44	Bei Rücklagenentnahme entsprechend Verwendungsbeschluss wäre kein negatives Sachkostenbudgetergebnis entstanden Sachkostenbudget ist ausreichend bemessen gewesen - siehe Zuwachs Budgetrücklage
44	-324.257,69	174.781,92	-149.475,77	0,00	0,00	Mit dem Haushalt 2012 wurde aufgrund einer 5-jährigen Vergleichsberechnung vom Stadtrat ein Budgetvolumen von 1,1 Mio. festgelegt. Das Theater hat aber wieder ein Minus eingefahren Erhöhung des Staatszuschusses im Jahr 2013 gegenüber 2012 um 65.000 Euro
66	-49.203,26	79.022,84	29.819,58	4.989,41	13.935,28	In Kenntnis erwarteter Überschüsse im PKB wurden zusätzliche Ausgaben im SKB getätigt. Dennoch: Anwachsen der Budgetrücklage

Ausgleich von Fehlbeträgen in den Sachkostenbudgets der Jahre 2010-2012 durch positive Personalkostenbudgetergebnisse

Einmal		Zweimal		Dreimal	
Amt	Jahr	Amt	Jahr	Amt	Jahr
PR	2011	Gst	2011/2012	41	2010/2011/2012
13	2011	14	2010/2011	44	2010/2011/2012
40	2011	20	2010/2011		
42	2012	32	2010/2011		
51	2011	33	2010/2012		
		452	2010/2011		
		66	2011/2012		

Wertung des Sachverhaltes durch die Kämmerei

Die Sachkostenbudgets der Ämter sind in der Regel ausreichend bemessen.

Negative Sachkostenbudgets sind häufig darauf zurückzuführen, dass unterjährig Rücklagenentnahmen entsprechend Verwendungsbeschluss von den Ämtern nicht oder nur teilweise beantragt und somit nicht vorgenommen wurden. Evtl. Defizite gleicht die Kämmerei im Zuge der Budgetabrechnung durch vorhandene Budgetrücklagen aus. Die Nichtbeantragung von unterjährigen Rücklagenentnahmen durch die Ämter hat folgenden Hintergrund: Budgetrücklagen werden zu 100 % (also ohne Abzug) ins Folgejahr übertragen.

Zudem hätten durch Anträge auf Mittelbereitstellung negative Budgetergebnisse vermieden werden können.

In einigen Fällen tätigen Ämter zusätzliche Ausgaben im SKB im Wissen um einen Überschuß im KPB. Nach den Budgetierungsregeln ist diese Vorgehensweise zulässig. Auf diese Weise können die Ämter hohe Überschüsse vermeiden, die nur zu 30 % in die Budgetrücklage fließen würden.

Der einzige Fall, wo aus Sicht der Kämmerei eine Budgetaufstockung zu überdenken wäre, ist das Theater. Aufgrund der Haushaltslage ist der Ansatz 2014 der Kämmerei mit 1.176.000 € gerechtfertigt. Hier muss sich die Politik entscheiden, wieviel Theater sie will bzw. welche Ausgaben die Stadt sich leisten kann.

Eine Anhebung der Sachkostenbudgets der vorgenannten Ämter um den Durchschnitt des Ausgleichsbetrages in den letzten drei Jahren würde aus den erläuterten Gründen bei vielen dieser Budgets zu einer Mittelausstattung führen, die nach Auffassung der Kämmerei diese Ämter nicht bräuchten.

Die Kämmerei empfiehlt, die neue Personalkostenbudgetierung erst einmal anlaufen zu lassen.

Im Rahmen des Mittelbereitstellungsverfahrens oder der Budgetabrechnung können Sachkostenbudgets, wenn notwendig, mit Genehmigung des HFGA bzw. des Stadtrates immer noch angepasst werden.

DAS ARBEITSPROGRAMM ZEIGT AUF, WELCHE AUFGABEN MIT DEN ZUGETEILTEN MITTELN BEWERKSTELLIGT WERDEN KÖNNEN
(Nr. 4 Budgetierungsregeln). Das Arbeitsprogramm darf folglich nicht so aufgestellt werden, dass hierdurch zusätzlicher Mittelbedarf ausgelöst wird.

OBM/13-2/FLB-T. 2306

Erlangen, 25.07.2013

II/240/2013

**Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 129/2013
vom 23.7.2013 zu TOP 24 der Stadtratssitzung am 25.07.2013
Personalkostenbudgetierung**

**I. Protokollvermerk aus der 10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Erlangen
Tagesordnungspunkt 24.1 - öffentlich -**

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird auf Vorschlag von Frau StRin Pfister vertagt, mit dem Auftrag an die Verwaltung, im September oder Oktober nochmals einen Vorschlag einzubringen, wie mit diesen Ämtern zu verfahren ist. Herr StR Winkler schlägt ergänzend vor, in den Arbeitsprogrammen einen Punkt „Probleme“ aufzunehmen.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Kopie an Referat OBM/ZV** zum Weiteren.
- IV. **Referat II** zum Weiteren.

Vorsitzende/r:

gez.

.....

Oberbürgermeister

Dr. Balleis

Schriftführer/in:

gez.

.....

Friedel

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung -öffentlich-	1
------------------------	---

Vorlagendokumente

TOP Ö 11.1 Bürgerversammlungen	
Mitteilung zur Kenntnis 13/080/2013	3
TOP Ö 11.2 Anfrage der Fraktion Grüne Liste vom 24.06.2013: Auswirkungen des Ur	
Mitteilung zur Kenntnis 13-2/314/2013	4
Anfrage Grüne Liste 13-2/314/2013	5
TOP Ö 13 XENOS - Programm zur interkulturellen Öffnung der Kommunen (PIK) - Ent	
Beschlussvorlage 13-2/307/2013	7
XENOS Bericht 2012-2013 13-2/307/2013	9
TOP Ö 14 XENOS: Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde	
Beschlussvorlage 13-2/306/2013	12
XENOS Alternativen 13-2/306/2013	14
TOP Ö 15 Eröffnungsbilanz Powerpoint-Präsentation	
Mitteilung zur Kenntnis 20/045/2013	16
TOP Ö 16 Prekäre Beschäftigung in Erlangen	
Beschluss Stand: 17.07.2013 II/237/2013	17
#Anlage 1_Tabelle 4_SV Beschäftigte am Wohnort Erlangen nach WZ 2009-2	23
Antrag Nr. 072/2013 der SPD-Fraktion "Prekäre Beschäftigung in Erlange	24
TOP Ö 17 Erlangen AG Technologie Scouting und Marketing; Erwerb von Aktien durc	
Beschlussvorlage II/241/2013	26
TOP Ö 18 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 129/2013 vom 23.7.2013 z	
Beschlussvorlage II/240/2013/2	28
Anlage 1_Ausgleich SKB_PKB 2010_2012 II/240/2013/2	30
Anlage 2_129_2013_SPD_Personalkostenbudgetierung II/240/2013/2	31
Anlage 3_SKB_PKB2010_2012_Ergänzungen wegen Protokollvermerk II/240/23	
Anlage 4_Protokollvermerk aus der 10. Sitzung des Stadtrates II/240/2	39

Inhaltsverzeichnis	40
--------------------	----